

408

361
407.

408

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.
Wien, Freitag, 8. Oktober 1915. Abends. № 361.

Obmänner-Konferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand heute eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. In derselben machte der Vorsitzende vorerst die Mitteilung, daß nach dem Stande vom 7. Oktober 1915 an 206.723 Parteien der staatliche Unterhaltsbeitrag bezahlt wird. Aus der Zentralstelle werden 3801 Personen mit laufenden Unterstützungen bedacht. Die Gesamtsumme der laufenden Unterstützungen beläuft sich nunmehr auf 1,266.811 K. Die öffentliche Ausspeisung erforderte bisher einen Aufwand von 2,899.329 K. Der Bürgermeister bemerkte, daß er im Sinne des Beschlusses der letzten Ausschusssitzung der Zentralstelle im Vereine mit dem Statthalter und dem Landmarschall einen neuerlichen Aufruf an die Bevölkerung wegen Spenden für die Zentralstelle erlassen und die Bezirksvorsteher ersucht habe, im Vereine mit den Bezirkshilfskomitees Sammlungen durchzuführen. Nach dem Berichte des Stadtphysikates ist der Gesundheitszustand in Wien durchwegs als günstig zu bezeichnen.

Der Bürgermeister teilte ferner mit, daß der Minister des Innern in seinem Erlasse vom 26. v.M. eröffnet habe, daß er zu seinem Bedauern dergleichen nicht in der Lage sei, die von der Gemeinde angeforderten Mengen von Hülsenfrüchten zur Verfügung zu stellen, da vorerst die Vorratsaufnahme mit dem Stichtage vom 15. Oktober abgewartet werden müsse.

Ebenso teilte der Bürgermeister mit, daß die von der Gemeinde angestrebte Ausfuhr von Fleischschweinen aus den wiedereroberten Gebieten Galiziens und den okkupierten Gebieten von Russisch-Polen sowohl von der galizischen Statthalterei als auch vom Etappen-Oberkommando abgelehnt worden sei, so daß bis auf weiteres mit dem Bezuge von Fleischschweinen aus diesen Gebieten nicht gerechnet werden könne. Der Bürgermeister weist darauf hin, daß in Friedenszeiten aus Galizien und der Bukowina allein jährlich über 600.000 Schweine dem Wiener Konsum zugeführt wurden.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, daß für die Gemeinde Wien 224 Zisternen Petroleum angekauft habe und derzeit mit dem Kriegeministerium wegen der Beistellung der erforderlichen Waggons zum Transporte derselben nach Wien in Verhandlungen stehe. Die Entscheidung des Kriegeministeriums sei noch ausstehend.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg berichtete dann über die Kartoffelaktion der Gemeinde, welche sich teils auf die eigene Fechtung, teils auf den freihändigen Ankauf und auf die von der Regierung in Aussicht gestellten Requisitionen beziehe. Für die nächsten Wochen sei die Gemeinde durch ihre Abschlüsse gedeckt, es handle sich aber um die Vorsorge für die Zukunft. In dieser Beziehung sei es wichtig, die nötigen Depoträume zu erhalten und auch für das

Einmieten von Kartoffeln vorzusorgen. Nach längerer Debatte wird der Magistrat ermächtigt, Vorkehrungen zu treffen, daß mindestens 1000 Waggons Kartoffeln auf geeigneten Grundstücken eingemietet werden; die hierfür auflaufenden Kosten werden genehmigt.

Eine Reihe von Offerten für Lieferungen aus dem neutralen Auslande werden besprochen und wird hierbei von einem Mitgliede der Obmänner-Konferenz an den Bürgermeister die Anfrage gerichtet, ob er von der Gründung einer Lebensmitteleinkaufsstelle im Ministerium des Innern Kenntnis habe, bezw. ob die Gemeinde Wien an derselben beteiligt sei. Der Vorsitzende erwidert, daß er erst vor wenigen Tagen im Wege der Statthalterei von der Gründung dieser Einkaufsstelle Kenntnis erhielt. Es sei die Gemeinde Wien vorher nicht gefragt worden und habe sie auch in dieser Stelle keinen Einfluß erhalten. Von allen Mitgliedern der Konferenz wird in der nun folgenden Debatte darauf hingewiesen, daß die Regierung die Gemeinde Wien nicht nur nicht unterstütze sondern ihr geradezu Schwierigkeiten bereite.

Die Vertreter der Sozialdemokratie und der freiheitlichen Partei verlangen neuerlich die Einberufung des Gemeinderates, damit in öffentlicher Sitzung die tiefgehende Verstimmung der Bevölkerung über die Maßnahmen der Regierung besprochen und auf diese Weise der Regierung ein klares Bild über die Verhältnisse in Wien geboten würde. Die Gemeinderäte der Mehrheitspartei weisen auf die Gefahren für die Autonomie der Gemeinde hin, welche durch eine solche Gemeinderatssitzung heraufbeschworen würde.

Gemeinderat Dr. Hein fragt sodann den Bürgermeister, was an dem Berichte wahres sei, daß die Gemeinde ein Anbot auf 50.000 Gänse aus Russisch-Polen abgelehnt habe. Bürgermeister Dr. Weiskirchner antwortete: Es ist der Gemeinde niemals ein Anbot auf 50.000 Gänse das Stück zu fünf Kronen aus Russisch-Polen überreicht worden, auch nicht auf eine andere Zahl von Gänsen, dieser Herkunft. Das Gerücht ist daher von a bis z erfunden. Es sei vor einiger Zeit an die Gemeinde vom Militär-Gouvernement Mischow die telegraphische Anfrage gerichtet worden, ob die Gemeinde aus Russisch-Polen, wo zahlreiches Geflügel, Gänse, zur Verfügung stehe, solches beziehen wolle. Da ich kein Sachverständiger in Gänsen bin habe ich mich sowohl an den Vorsteher der Geflügelhändler wie auch an den Marktdirektor und andere Sachverständige Personen um Auskunft gewendet. Das Gutachten lautete einmütig dahin, daß diese Gänse in Russisch-Polen Magergänse oder Laufgänse seien, die nur Weidefutter haben. Ihr Fleisch sei dunkelfarbig und fettlos und sie seien in dem Zustande, wie sie sich in Russisch-Polen befinden kein marktgängiger Artikel für den städt. Konsum. Seit Jahren finde ein Export solcher Gänse aus Russisch-Polen nach Berlin statt, dort werden in Friedrichsfeld diese Gänse

zuerst wegen der in Russisch-Polen herrschender Geflügelseuchen kontumaziert und dann in einer eigenen Anstalt durch mindestens fünf Monate gefüttert, worauf sie erst als eine marktgängige Ware bezeichnet werden können. Aus diesem Gutachten erwies sich zur Genüge, daß der Import solchen Geflügels schon an den technischen Schwierigkeiten scheitere. Wie der Marktdirektor weiter berichtet braucht eine Gans zur Aufmastung pro Tag 1 kg Mais. 50.000 Gänse würden daher pro Tag 5 Waggons Mais, in einem Monat also 150 Waggons und während der Dauer der Mast ~~etwa~~ 500 bis 600 Waggons Mais erfordern, ein Futterquantum, das unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu beschaffen ist, ganz abgesehen davon, daß Mais heute mit etwa 70 K per 100 kg gehandelt wird. Außerdem sei eine Kontumaz- und Mastanstalt nicht vorhanden, und könne auch während des Krieges nicht geschaffen werden. Es wird sich daher für jeden objektiv und billig denkenden ergeben, daß der Magistrat gar nichts anderes tun konnte, als diese Anfrage ablehnend zu beantworten, ganz abgesehen davon, daß ja auch 50.000 Gänse nicht an einem Orte in Russisch-Polen beisammen sind, sondern erst durch einen besonderen Apparat und einer eigenen Organisation hätten beschafft werden müssen. Gemeinderat Dr. Hein nimmt diese Antwort dankend zur Kenntnis und wurde in der Konferenz dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß solche Gerüchte ohne Kontrolle und Prüfung auf ihre Stichhaltigkeit immer und immer wieder verbreitet werden. Uebrigens könne der Bürgermeister mitteilen, daß er mit Rücksicht auf verschiedene Zeitungsartikeln, denen zufolge in den okkupierten russischen Gebieten große Mengen von Lebensmittelvorräten vorhanden seinsollen, sich an die dortigen Militärbehörden gewendet habe, um Vertreter der Gemeinde zum Ankauf hinzusenden. Er habe jedoch von einer Stelle die Rückantwort erhalten, daß dort Knappheit an Lebensmitteln herrsche, und daher die Entsendung von Delegierten voraussichtlich resultatlos sei. Von der anderen Stelle sei ihm telegraphisch mitgeteilt worden, daß die Getreidevorräte von der Kriegsverwaltung beschlagnahmt seien und dem Verkehre nicht übergeben werden können, und daß dagegen Kartoffeln, Gänse und Eier zu haben seien. Ueber die Gänse gelte das schon früher Gesagte. Was die beiden anderen Artikel anbelangt, so habe die Verkaufsstelle für landwirtschaftliche Produkte Delegierte entsendet, welche auch von der Gemeinde ermächtigt wurden, Ankäufe durchzuführen. Es sei heute auch ein Muster der dortigen Kartoffeln eingelangt und er bitte die Mitglieder der Konferenz diese zu besichtigen. Die Mitglieder gaben einstimmig der Meinung Ausdruck, daß diese Futterkartoffeln und zum menschlichen Genuß gar nicht geeignet seien.

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller regt an, daß für die rückwärtigen Plattformen der Straßenbahnen ein Rauchverbot

erlassen werde. Er weist ferner auf ~~die~~ die Uebelstände hin, die sich auf der Ankunftsseite der Wiener Bahnhöfe durch den Mangel an Fuhrwerk ergeben und bittet in Erwägung zu ziehen, ob nicht zu den am späten Abend oder in der Nacht ankommenden Fernzügen Stellwagen der städtischen Stellwagenunternehmung bereit gestellt werden könnten.